

Nachwort (S. 211 bis 223) aus:

Ulrike Ackermann (Hg.)

Versuchung Europa

Stimmen aus dem *Europäischen Forum*

Eine Publikation des *Europäischen Forums* an der
Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften

231 Seiten, 15,- Euro

ISBN 3-934157-25-4

Mit Beiträgen von Václav Havel/Jacques Rupnik, Herta Müller,
Jirí Gruša, Peter Glotz, Klaus Harpprecht, Bernard Guetta,
Adam Michnik, Stefan Chwin, André Glucksmann, Tony Judt und
Ulrike Ackermann.

© 2003 Humanities Online
Frankfurt am Main
www.humanities-online.de

Ulrike Ackermann Europa läßt sich nicht verordnen

Es scheint so, als sei dem europäischen Einigungsprojekt die Luft ausgegangen. Einstmals mit Emphase begonnen, erschöpft es sich heute, unmittelbar vor der Osterweiterung im Mai 2004, vornehmlich in technokratischen Verfahrensfragen, Paragraphen, einer aufgeblähten und Geld verschlingenden Bürokratie und der Verteidigung nationaler Besitzstände. In bester Tradition der Kleinkrämerei wird europäisch gemeinschaftlich und intergouvernemental um Macht und Geld gefeilscht. Einst in der Zivilgesellschaft geboren, begegnen die Bürger diesem Projekt heute mit Desinteresse und Skepsis.

Bereits 1848 tauchte die Vision der »Etats-Unis d'Europe« in der Pariser Zeitschrift *Le Moniteur* auf. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen war die europäische Identität und Einheit Wunschtraum vieler Intellektueller und Politiker. Pikanterweise war die Vorstellung einer gesamteuropäischen Ordnung gerade in rechten und faschistischen Kreisen sehr beliebt: als Bollwerk gegen die »angelsächsisch-jüdischen Plutokraten« aus dem Westen und gegen die »jüdisch-kommunistisch-slawische« Gefahr aus dem Osten. 1930 kursierte ein Memorandum des französischen Außenministers Aristide Briand, in dem die Aufgabenfülle der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), der Europäischen Gemeinschaft (EG) und der Europäischen Union (EU), wie sie später hieß, scheinbar vorweggenommen wurde. In der Schweiz, in Frankreich und in Italien wurden in unabhängigen Zirkeln Verfassungsentwürfe für die Vereinigten Staaten von Europa diskutiert. Einen neuen Schub erhielten diese Europa-Initiativen von seiten der nichtkommunistischen Widerstandsbewegungen in den vierziger Jahren. Ihr Kampf gegen den Nationalsozialismus und Faschismus war verbunden mit dem leidenschaftlichen Einsatz für ein Vereintes Europa. Demokratie, bürgerliche Grundfreiheiten, Pluralismus, Dezentralisierung, Föderalismus und Selbstverwaltung waren ihre Leitprinzipien. Altiero Spinelli, Ernesto Rossi, Albert Camus, Henri Brugmans, François Bondy oder Eugen Kogon zählten zu ihren Wortführern. In der Idee eines europäischen Föderalismus sahen sie die adäquate Antwort auf Hitlers und Stalins Totalitarismus, auf Nationalismus und Krieg. Ende 1946 mündeten diese Aktivitäten in der Gründung der Union europäischer Föderalisten. Bereits einige Mona-

te später tagte die Union erstmals als festumrissene Organisation mit Stützpunkten in neun europäischen Ländern: in Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, der Schweiz, Dänemark und Großbritannien.

Der Haager Kongreß 1948 – de facto der Vorläufer des Europarats – brachte es zu Wege, die privaten europäischen Bewegungen und die Realpolitik zusammenzubringen. Namhafte Wirtschaftvertreter, Gewerkschafter, Wissenschaftler, Literaten und zahlreiche hochrangige Politiker der verschiedensten politischen Strömungen versammelten sich, darunter François Mitterand, Winston Churchill und Konrad Adenauer. Gestritten wurde schon damals über die Alternativen eines europäischen Bundesstaats oder eines Staatenbunds, der den Nationalstaaten ihre Souveränität weitgehend belassen sollte. In der Folge waren allerdings die Regierungen die Protagonisten der europäischen Einigung und nicht die europäische Bevölkerung. Bis 1989 blieb es zudem ein westeuropäisches Projekt der Integration, obwohl die Väter und Mütter der europäischen Idee nach dem Krieg ein ungeteiltes Europa als Antwort auf den Totalitarismus vor Augen hatten. Diese Antwort sollte noch jahrzehntelang ausbleiben. Die westlichen politischen Eliten hatten sich in der Zwischenzeit in der Nachkriegsordnung eingerichtet und mit der Teilung Europas arrangiert. Mit dem Erfolg der Bürgerrechtsbewegungen in Ostmitteleuropa 1989/90, dem Zusammenbruch des Kommunismus und dem Zerfall der Sowjetunion schien die Spaltung Europas beendet und die Wiedervereinigung Europas auf der Agenda zu stehen – begleitet vom Ende der Gemütlichkeit.

Vergemeinschaftung ohne Demokratie

Was ist aus dem Gründergeist geworden, jener europäischen Idee, die der Uniformierung, der Monopolisierung, der Gleichschaltung und dem Fanatismus des Totalitarismus mit einem Europa der Vielfalt und Freiheit, des Pluralismus und der Toleranz antworten wollte? Oder entstand er aus einem Europa, das nach dem Zweiten Weltkrieg auf Sand gebaut war und die Emphase seiner Neubegründung nur aus der negativen Absetzung von den Schrecken des Krieges, dem Vernichtungswahn der Nationalsozialisten und den Traumata des Totalitarismus bezog?

Der antitotalitäre Gründergeist ist offensichtlich, trotz einer beglei-

tenden euphorischen Rhetorik über die endlich statthabende Wiedervereinigung Europas, in den Mühen der Ebene verloren gegangen. Die über zehn Jahre sich hinschleppenden Beitrittsverhandlungen haben die einst emphatisch betriebene Rückkehr der Ostmitteleuropäer nach Europa tüchtig ausgebremst. Die Begeisterung über den Sieg der Demokratie in Ostmitteleuropa wich der Frustration angesichts der paternalistischen Haltung der westlichen »Alteuropäer«, die verbissen ihre Besitzstände sichern wollen. Auch die politisch unkontrollierte Bürokratie und das korporatistische System in Brüssel, das weniger dem Allgemeinwohl als der Verteidigung von Gruppeninteressen dient, sorgen dafür, daß das Ansehen der EU weiter sinkt. Es gleicht schon einem Wunder, daß trotz des erbitterten Konkurrenzkampfs und des Kompetenzgerangels zwischen nationalen und europäischen Institutionen, zwischen Vergemeinschaftung und dem Pochen auf die jeweils nationale Souveränität, der Einigungsprozeß, die Vertiefung und Erweiterung der Union mühsam vorangeschritten ist und überhaupt arbeitsfähige, gemeinsame europäische Institutionen entstanden sind.

Mit der Europäischen Verfassung, so bekunden begeistert ihre Schöpfer, soll nun alles besser werden: nicht nur der Integrationsprozeß werde sich fortan effektiver gestalten, sondern auch das allseits beklagte Demokratie- und Legitimationsdefizit der EU werde behoben. Die EU, so die unermüdlichen Beteuerungen aus dem Konvent und von seiten der Regierungen der Mitgliedsstaaten, werde damit ihren Bürgern nahegebracht. Begeisterung und Heimatgefühle für Europa soll sie wecken und eine europäische Identität stiften. Das Paradoxe an diesem Unternehmen ist indes, daß der europäische Integrationsprozeß von Beginn an ein Projekt der Eliten war, organisiert von einer politischen Klasse und im Prinzip ohne, wenn nicht zuweilen sogar gegen die jeweils eigene Bevölkerung. Von Anfang an war es entweder eine Entscheidung für mehr europäische Integration und weniger Bevölkerungsbeteiligung oder mehr Beteiligung und weniger Integration. Das Dilemma existiert bis heute: Hätte man in allen EU-Staaten über den Euro abstimmen lassen, wäre die gemeinsame Währung vermutlich nicht eingeführt worden. Fraglich ist ebenso, ob im Falle eines Referendums über die Osterweiterung tatsächlich die erforderlichen Mehrheiten in den westlichen Mitgliedsstaaten zustande gekommen wären, denn auch die Abstimmungen in den Beitrittsländern gestalteten sich zuweilen als recht gewagte Zitterpartie.

Die von der politischen Klasse Westeuropas geschaffenen gemein-

schaftlichen europäischen Institutionen sind systematisch mit einem Legitimations- und Demokratiedefizit behaftet: ein Europäisches Parlament ohne gewählte Regierung, eine Europäische Kommission, die nur eingesetzt ist, und ein Europäischer Rat, dessen Mitglieder ihre jeweiligen nationalen Interessen vertreten. »Wenn die EU um Mitgliedschaft in der EU nachsuchen würde, müßte sie wegen ihres Mangels an demokratischer Ordnung abgewiesen werden.«¹ Offensichtlich sind demokratische Elemente und Formen nicht umstandslos vom Nationalstaat auf Europa zu übertragen. Denn politische Legitimität und Demokratie als Qualität einer Gesellschaft entstehen durch Zugehörigkeit und Partizipation – der Handlungsraum, in dem sie sich entfalten können, ist aber nach wie vor der Nationalstaat. »Demokratische Institutionen ohne demos verdienen den Namen nicht, und Europa hat kein europäisches Volk. ... Die Europäische Union ist keine Demokratie und ist auch nach dem sogenannten Verfassungsvertrag nicht auf dem Weg dorthin. Sie ist eher Symptom der demokratischen Dilemmas, die die liberale Ordnung unter Druck setzen.«² Ob das vorgelegte Paragraphenwerk des Konvents dazu geeignet ist, ein europäisches Bewußtsein zu schaffen, ist deshalb höchst fragwürdig – wenn nicht unwahrscheinlich. Eine Europäische Verfassung kann kein Substitut sein für eine aktive, neugierige und lebendige Annäherung und Auseinandersetzung der Gesellschaften und ihrer Bürger in Europa. Per Dekret läßt sich eine europäische Einigung ohnehin nicht verordnen.

Europa – erneut gespalten

So beschwerlich sich der politische Einigungsprozeß gestaltet, so ungelentk sind die Versuche, eine gemeinsame Außenpolitik, gar Verteidigungspolitik auf den Weg zu bringen. Die Einführung des Amtes eines europäischen Außenministers – wie es die Verfassung vorsieht – schafft noch längst keine europäische Außenpolitik. Der Streit um den Irak-Krieg hat gezeigt, daß ein tiefer Riß durch Europa geht.

Ausgerechnet in dem Moment, in dem die EU ihre seit Jahren angestrebte Erweiterung nach Osten in die Tat umsetzen will, entbrannte

¹ Ralf Dahrendorf, *Auf der Suche nach einer neuen Ordnung*, München 2003, S. 121.

² Ebd., S. 123.

ein Streit zwischen dem »neuen« und »alten« Europa, dessen tiefgreifende Folgen noch nicht absehbar sind. Anläßlich des Irak-Kriegs ist er manifest geworden und offenbart Verwerfungen, die nach Beendigung dieses Kriegs die politische Landkarte Europas und seine Neuordnung weiter bestimmen werden. Die Auseinandersetzung über das richtige Vorgehen gegenüber dem Irak war de facto ein Streit über die Ausübung und Eindämmung US-amerikanischer Macht, der die tiefe Zerissenheit der Europäer in ihren außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen bloßlegt. Von einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik kann keine Rede sein, die EU und die NATO sind gespalten. Während die einen Europa als Gegengewicht zu Amerika etablieren wollen, pochen vor allem die Ostmitteleuropäer auf die transatlantische Allianz unter amerikanischer Führung. Ihr Sicherheitsbedürfnis nach 50 Jahren sowjetischer Herrschaft sehen sie in der NATO (hard power) eher befriedigt als in der EU (soft power), die Konflikte durch Prosperität und Interdependenz einzudämmen sucht. Für die Neumitglieder bedeutet die EU vornehmlich ökonomische Sicherheit, da sie politisch noch nicht als gleichwertige Partner anerkannt sind. Demgegenüber sind die NATO und die USA für sie die Garanten militärischer Sicherheit. Darüber hinaus versprechen sich die Ostmitteleuropäer von einer stabilen Allianz mit Amerika eine ausgleichende Wirkung im asymmetrischen Verhältnis ihrer Länder zu Frankreich und Deutschland, die sich als Führungsnationen im wiedervereinigten Europa profilieren möchten. Die neu entstandene Achse Paris-Berlin-Moskau stößt bei den neuen Demokratien angesichts ihrer Erfahrungen mit dem Sowjetimperium auf um so heftigere Kritik. Umgekehrt mißtraut das »alte Europa« der Verlässlichkeit und Loyalität der Neumitglieder gegenüber der EU und attackiert ihre »Vasallentreue« gegenüber den USA. Erst allmählich wird realisiert, daß Europa nach 1989 tatsächlich in Bewegung geraten ist. Die Auseinandersetzung erinnert an die Debatten zwischen Neutralisten und Atlantisten, die bereits in der Folge von 1945 den Konstitutionsprozeß der keimenden EU begleiteten. Dieser Streit berührt die Grundpfeiler des politischen Selbstverständnisses der Europäer und verweist auf die Spuren und Prägungen, die die totalitären Regime des 20. Jahrhunderts bis heute hinterlassen haben.

Bereits in den neunziger Jahren haben die ethnischen Säuberungen des Diktators Milosevic und die damit heraufbeschworenen Kriege im ehemaligen Jugoslawien in ganz Europa Debatten über die Erbschaft der totalitären Diktaturen und die Folgen für das eigene politische

und nationale Selbstverständnis ausgelöst. Gestritten wurde über die Verharmlosung der Verbrechen des Kommunismus, über die Zulässigkeit eines Vergleichs totalitärer Regime und die Legitimation militärischer Gewalt gegenüber Despoten. Mit der westlichen Intervention im Kosovo schien sich ein Paradigmenwechsel in der europäischen Außenpolitik anzubahnen, die notfalls auch mit militärischer Gewalt bereit war, Demokratie und Menschenrechte zu verteidigen. Der Streit um den Irak-Krieg hat gezeigt, wie kurzlebig das Gedächtnis sein kann: Europa ist erneut gespalten, eine europäische Außenpolitik gibt es nicht. Statt dessen pflegt die EU selbstvergessen ihre Institutionen, emsig darum bemüht, den Pfad der pazifistischen Neutralität nicht zu verlassen. Ein ähnliches Motto galt bis 1989: Frieden geht über Freiheit. Man hatte sich ja, realpolitisch wie intellektuell, recht kommod und wohlständig mit tatkräftiger Unterstützung der Amerikaner in der Nachkriegsordnung des geteilten Europa eingerichtet – die westlichen Demokratien in »wilder Ehe« mit den östlichen Diktaturen. Die ehemaligen Störenfriede der Koexistenz- und Entspannungspolitik erhielten nun, kurz vor ihrem lange hinausgezögerten Beitritt in die EU erneut einen Platzverweis. Ihr Mißtrauen gegen ein von Frankreich und Deutschland geführtes Kerneuropa und ihr Festhalten an der transatlantischen Allianz lösten einen Sturm der Entrüstung aus: »Verrat an Europa!« Einen »Verrat der Intellektuellen« mußten sich György Konrad, Václav Havel und Adam Michnik und andere entgegenhalten lassen, als sie es wagten, den Antiamerikanismus und westeuropäischen Pazifismus in Anbetracht des Irak-Krieges zu kritisieren. Seltsamerweise wurde der Krieg gegen den Irak, längst bevor er begann, geächtet und verdammt, während Putins jahrelanger Krieg gegen Tschetschenien, der schon Hunderttausende Menschenleben kostete, nicht der Rede und Proteste wert gewesen ist. Ausgerechnet anlässlich der Friedensdemonstrationen am 15. Februar 2003 und des Ärgers über den Brief der acht Widerspenstigen, die sich der Politik der Achse Paris-Berlin-Moskau nicht beugen wollten, entdeckten westeuropäische Intellektuelle erneut ihr Herz für Europa. Seit 1989 wartete man darauf, denn die Rückkehr der Ostmitteleuropäer hätte ja Anlaß sein können, bereits damals die Wiedergeburt Europas zu feiern. Statt dessen sahen Jürgen Habermas, Jacques Derrida, Adolf Muschg, Fernando Savater, Gianni Vattimo und Umberto Eco in den antiamerikanischen Friedensmanifestationen die lang ersehnte Geburtsstunde einer europäischen Öffentlichkeit. Endlich befreie sich das europäische Volk von amerikanischer Vormundschaft, war in

einem seltsam ideologisch regressiven Ton zu vernehmen. Dieser Antiamerikanismus kolportierte zuweilen auch einen unterschweligen oder gar offenen Antisemitismus. In einer unheimlichen Einträchtigkeit zwischen Regierung, Volk und Intellektuellen demonstrierte man besonders in Deutschland die Befreiung von den Befreiern. In diesem Emanzipationsakt sollte sich laut Habermas und Derrida ein Kerneuropa konsolidieren, das sich als Gegenmacht zu Amerika begreift. Hochmütig wurde die alte europäische Kultur der jungen amerikanischen entgegengesetzt: Europa als der bessere Westen. In ihrer Vision eines antiamerikanischen Kerneuropas spalteten Habermas und Derrida nicht nur den Westen, sondern akklamierten implizit der noch längst nicht überwundenen Kluft zwischen West- und Osteuropa. Der Epochenbruch von 1989 war den beiden Intellektuellen denn auch keine Silbe wert. Ihre Vision eines Kerneuropas, in dem die »unartigen« Ostmitteleuropäer allenfalls am Katzentisch Platz nehmen dürfen, deckt sich mit der besitzstandswahrenden westeuropäischen Realpolitik seit 1989. Sie korrespondiert mit einer Haltung, die bis zum Fall der Mauer und dem Ende des Eisernen Vorhangs bei vielen Intellektuellen verbreitet war: nämlich die Teilung Europas als Strafe für Auschwitz zu rechtfertigen. Ein antitotalitärer Konsens zwischen Ost und West, der eine Wiedervereinigung Europas beflügeln könnte, scheint noch in weiter Ferne zu liegen.

Europa ohne Gedächtnis

Der britische Historiker Tony Judt hat in seinem bemerkenswerten Aufsatz »Die Vergangenheit ist ein anderes Land. Politische Mythen in der Nachkriegszeit« die These aufgestellt, die Neuerfindung Europas 1945 gründe in der Verdrängung der jeweiligen nationalen Erinnerungen an die Kriegserfahrungen. Das europäische Einigungsprojekt belegt demzufolge eine Leerstelle, die die Verdrängung der Traumata und unglücklichen Erinnerungen in der jeweils nationalen Geschichte hinterlassen hat. Für den moralischen und politischen Wiederaufbau Europas war offensichtlich eine stark stilisierte Geschichte über das Trauma der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit nötig. Der Europagedanke diente deshalb nicht zuletzt als Ersatz für jene nationalen Identifikationen, die in der Vergangenheit so tiefe Wunden verursacht hatten. Die Anerkennung der in Jalta vorgenommenen Aufteilung des Kontinents und der auf beiden Seiten der neu-

en Grenze bestehende Wunsch, die jüngste Vergangenheit zu vergessen und einen neuen Kontinent zu schaffen, prägten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Vorstellungen von Europa. Der Preis war nicht zuletzt eine Hypermnese im Hinblick auf die Verbrechen des Nationalsozialismus und eine Amnesie im Hinblick auf die Verbrechen des Kommunismus.³ Die Verzerrung, Sublimierung und Instrumentalisierung der Erinnerung an die Kriegserfahrungen bescherte der Nachkriegszeit eine äußerst fragwürdige Identität. Denn sie orientierte sich an einer im Bewußtsein der europäischen Öffentlichkeit letztlich unnatürlichen und unhaltbaren Grenze zwischen Vergangenheit und Gegenwart.

Nach 1989 ist das Gedächtnis wieder erwacht und das Verdrängte kehrt zurück. In der Kollision der verschiedenen Erinnerungskulturen geraten nationale Selbstbilder in Bewegung, Mythen erodieren und andere verfestigen sich wieder neu. In jedem Fall beginnen Debatten, die an Tabus der jeweiligen Nationalgeschichte rühren und den offiziell beschworenen Zustand des versöhnten und einigen Europas hinterfragen. Die seit den neunziger Jahren anlässlich der Kriege im zerfallenden Jugoslawien begonnene Auseinandersetzung über die Vertreibungen in Europa und der heftige Streit über die Aufhebung der Beneš-Dekrete auf europäischer Ebene legen darüber beredtes Zeugnis ab.

Auch in Deutschland wird nun wieder darüber gestritten, ob es statthaft oder politisch unkorrekt sei, angesichts des nationalsozialistischen Großverbrechens an die eigenen Leiden und Opfer des Krieges und der Vertreibung zu erinnern. Inzwischen ist daraus ein europäischer Streit geworden, der ahnen läßt, was eine europäische Öffentlichkeit sein könnte.

»Die Nazibarbarei hat der Welt unermeßliches Leid gebracht, ihre eigene Leidensgeschichte konnten die Deutschen daraufhin – zumindest öffentlich – nicht wirklich behandeln«, so der ungarische Schriftsteller Imre Kertesz in seiner Rede zum Tag der deutschen Einheit. Anstoß erregte Kertesz' politische Intervention aber auch, weil er den deutschen Pazifismus und Antiamerikanismus während des Irak-Kriegs heftig kritisierte. Er mischte sich ein in einen deutschen und europäischen Streit und kritisierte Jürgen Habermas, Jacques Derrida

³ Vgl. Ulrike Ackermann, *Sündenfall der Intellektuellen. Ein deutsch-französischer Streit von 1945 bis heute. Mit einem Vorwort von François Bondy*, Stuttgart, 2000.

u. a., die anlässlich der antiamerikanischen Friedensdemonstrationen die Geburt einer europäischen Öffentlichkeit feierten und der Vision eines Kerneuropas ohne Osteuropa das Wort redeten – so als hätte der Epochenbruch 1989 nicht stattgefunden.

Gegenstand des Streits, an dem sich neben Deutschen die polnischen, tschechischen und ungarischen Nachbarn äußerst lebhaft beteiligen, ist das in Berlin geplante Zentrum gegen Vertreibungen. Die Initiatoren Peter Glotz und Erika Steinbach, die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, wollen damit alle Vertreibungen des 20. Jahrhunderts in die deutsche und europäische Erinnerung rufen. Historiker, Soziologen, Völkerrechtler, Theologen und Journalisten des Unterstützerkreises kommen nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus Ungarn, Polen, der Schweiz und Israel. Gleichwohl geht es in dem Projekt darum, an einem zentralen Ort, eingebettet in die europäische Geschichte, eben auch der Leiden und Opfer der vertriebenen Deutschen zu gedenken.

In Deutschland weitgehend unbemerkt, brachen bereits in den siebziger und achtziger Jahren einige mutige polnische und tschechische Dissidenten das Redetabu über die Vertreibung der Deutschen. Bis dahin sprach man vom Bevölkerungstransfer, der legitimen Umsiedlung, Aussiedlung, oder dem Abschub der Deutschen – als Folge der nationalsozialistischen Verbrechen und als gerechte Strafe dafür. In den sechziger und siebziger Jahren stand die deutsche Schuld im Zentrum der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur. Willy Brandts Ostpolitik galt der Überwindung des Kalten Krieges und der Aussöhnung mit den Nachbarn. Über Deutsche als Opfer zu reden, galt als politisch unkorrekt, an ihre Vertreibung zu erinnern, als quasi revanchistischer Akt. Der Zusammenbruch des Kommunismus und die Öffnung des Eisernen Vorhangs war begleitet von der Freisetzung der Erinnerungen. Mit der Durchlässigkeit der Grenzen und der regen Reisetätigkeit der Menschen schienen sich zähe Projektionsmuster zwischen Polen, Tschechen und Deutschen allmählich aufzulösen. Im polnischen Görlitz und im tschechischen Brünn entstanden Begegnungsstätten; Gedenktafeln für die vertriebenen Deutschen wurden eingeweiht. Polnische Schriftsteller, besonders aus der jüngeren Generation, setzten sich mit Flucht und Vertreibung der Deutschen und der Polen auseinander. Der leidenschaftlich geführte polnische Historikerstreit über das Massaker in Jedwabne 1941 hat zudem kräftig am Selbstbild der Polen als bloßer Opfertation gerüttelt. Zahlreiche bilaterale, staatlich subventionierte Historikerkommissionen, ge-

meinsame Editionen und Schulbuchprojekte schienen die gegläuckte Aussöhnung zu belegen. Im Streit um das Projekt eines Zentrums gegen Vertreibungen in Deutschland prallen nun die unterschiedlichen Erinnerungskulturen heftig aufeinander. Bereits im Sommer letzten Jahres begegneten Adam Michnik und Adam Krzeminski der Initiative von Erika Steinbach und Peter Glotz für ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin mit dem Vorschlag, ein europäisch ausgerichtetes in Breslau auf den Weg zu bringen. Die rot-grüne Mehrheit lehnte im Sommer 2002 im Bundestag den CDU/CSU-Antrag für eine Unterstützung des deutschen Zentrumsprojekts ab. Mit der Einmischung polnischer Intellektueller wie Wladyslaw Bartoszewski, Leszek Kolakowski und Bronislaw Geremek – allesamt ehemalige Dissidenten und Tabubrecher im eigenen Land – ist der innerdeutsche, parteipolitisch motivierte Streit um das Zentrum europäisch und offensiver geworden. Zugleich bergen ihre Interventionen überwunden geglaubte Ängste und erscheinen als bizarrer Rückfall in ideologische Denkgefilde. Ein Zentrum in Berlin »wäre ein Ort, an dem zum Haß erzogen wird« (Geremek), ein Versuch, »die Leiden der einen gegen die Leiden der anderen Menschen zu stellen und sie so zu bagatellisieren« (Bartoszewski). Die Befürworter eines Denkmals in Berlin, »wollen den Versöhnungsprozeß aufhalten, oder sie blenden die historische Erinnerung aus« (Kolakowski) Das Zentrum diene als Legitimationsgrundlage für Restitutionsforderungen oder gar Gebietsansprüche der Vertriebenen, es stehe für eine »staatlich sanktionierte, museale Geschichtsklitterung«. Der Affekt gegenüber den Vertriebenen und der Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, ist bei polnischen, tschechischen wie deutschen Gegnern des Zentrums offensichtlich so mächtig, daß er einer Regression in die Zeiten der Kollektivschuldthese gleichkommt: die Deutschen das Tätervolk, die Polen und Tschechen das Opfervolk. Das Gedenken an Auschwitz untersagt demnach das Gedenken an die Vertreibung der Deutschen. Gleich einem Pawlowschen Reflex wird den Initiatoren des Zentrums vorgehalten, die nationalsozialistischen Verbrechen relativieren und aus den Tätern Opfer machen zu wollen. Hat sich die deutsche Gesellschaft seit den fünfziger und sechziger Jahren nicht grundlegend verändert, und sind die Bürger heute nicht sehr wohl in der Lage, die eigenen Leiden und Verluste während des Kriegs und der Vertreibung im historischen und europäischen Kontext zu sehen? Jahrzehntelang ist die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft den Vertriebenen gleichgültig, wenn nicht gar feindselig begegnet; ihr Erin-

nerungsdiskurs blieb im Privaten oder in Spezialöffentlichkeiten marginalisiert. Die lautstarken, teils unerträglich revanchistischen Einlassungen der Vertriebenenverbände, die mit Parolen wie »Schlesien bleibt unser« die Atmosphäre innerhalb Deutschlands und gegenüber seinen Nachbarn in der Vergangenheit vergifteten, vertieften die Kluft. Um so erfreulicher ist der Mut jener 90 Tschechen, die »die Vertreibung der Deutschen aus dem europäischen Osten nach dem Zweiten Weltkrieg eindeutig und ohne Umschweife« in einer gemeinsamen Erklärung mit einigen Deutschen verurteilen. Die Initiatoren des Appells, Bohumil Dolezal, Jiri Pehe, Petr Uhl und Petr Prihoda, hatten sich bereits in den siebziger Jahren mit ihren Einlassungen zur Vertreibung der Sudetendeutschen bei den Kommunisten unbeliebt gemacht und dafür teils mit Gefängnis bezahlt. Heute sind sie eine kleine aufrechte Minderheit in Prag, wo sich das Parlament einstimmig für die Beibehaltung der Beneš-Dekrete entschieden hatte. Sie plädieren für eine sachliche und weniger hysterische Debatte über das Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin.

Obwohl Günter Grass nicht der erste deutsche Literat ist, der sich mit der Vertreibung der Deutschen auseinandersetzt, zeigt die Rezeption seines Buchs über den Untergang der Wilhelm Gustloff, welches nachholendes Interesse das Vertreibungsdrama in Deutschland provoziert; Grass hat das Thema sozusagen freigegeben. Doch ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin geht Günter Grass offensichtlich entschieden zu weit. Ähnlich wie die rot/grüne Regierungskoalition scheint er – trotz seines Bucherfolgs – den deutschen Bürgern zu mißtrauen: Sie könnten im Gedenken an die eigenen Leiden während der Flucht und Vertreibung den historischen Kontext der vorausgegangenen nationalsozialistischen Verbrechen aus dem Blick verlieren. Man dürfe nicht Ursache und Wirkung verwechseln, belehrte uns auch der deutsche Kanzler: »Die Ursachen liegen im Faschismus und den daraus sich entwickelnden Kriegen. Der Gefahr der Einseitigkeit wegen wünschen wir ein solches Zentrum, wenn überhaupt, nicht in Berlin.« Mit diesen Worten lehnte Kanzler Schröder gemeinsam mit dem polnischen Ministerpräsidenten Miller ein Zentrum in Berlin zugunsten der gutnachbarschaftlichen Beziehungen ab. Beide waren darum bemüht, die Wogen zu glätten und die »Wiederkehr des Verdrängten« unter den europäischen Deckel zu zwingen. Über die europäische Orientierung, eine historisch kontextuelle Sicht auf die unterschiedlichen Vertreibungsschicksale im Schatten eines Großverbrechens ist man sich indes bei den Initiatoren des Zentrums einig. Ihr

Blick auf das 20. Jahrhundert als Jahrhundert der Vertreibungen, reicht vom Genozid der Türken an den Armeniern bis zu den ethnischen Säuberungen im zerfallenden Jugoslawien.

Bisher wurde in dieser Debatte leider weniger um die inhaltliche Ausgestaltung eines solchen Zentrums und seine Form – ob Mahnmahl, Forschungszentrum oder Geschichtswerkstätte – gestritten als vielmehr um die Örtlichkeit. Wäre Potsdam-Celilienhof eine Alternative zum gefürchteten Berlin? Jener Ort, an dem 1945 die Entscheidungen für den sogenannten »Bevölkerungstransfer« zugunsten ethnisch-homogener Nationalstaaten und die Teilung Europas seitens der Siegermächte fielen? Dieser Ort könnte in Erinnerung rufen, daß die Politik der Zwangsumsiedlung und Vertreibung im Umgang mit Minderheiten zugunsten der Stabilität und des Friedens seit dem Friedensvertrag von Lausanne 1923 quasi politischer common sense gewesen war. Julius H. Schoeps aus dem Unterstützerkreis des Zentrums plädierte zwar für eine europäische Trägerschaft, aber es sollte in der Hauptstadt angesiedelt sein: »Von Berlin sind im 20. Jahrhundert zwei Weltkriege ausgegangen, in deren Gefolge grauenhafte Genozide und Vertreibungen stattfanden. Gerade diese Überlegung, so paradox sie manchem erscheinen mag, spricht dafür, Berlin als Standort zu wählen.«⁴

Ein Zentrum in Brüssel oder Straßburg, gar europäisch verwaltet, quotiert und homogenisiert – wie es die Kritiker des Berliner Projekts vorschlugen –, würde die endlich begonnene europäische Auseinandersetzung über die unterschiedlichen Erfahrungen der Vertreibungen im Kontext der Totalitarismen des letzten Jahrhunderts ersticken: die Aussiedlung der Erinnerung ins europäische Niemandsland. Aufgrund diplomatischer Rücksichtnahmen sollen die endlich offenbar werdenden Differenzen und Konflikte geglättet und neutralisiert werden. Die lange Zeit dem antifaschistischen Konsens geschuldete Ausblendung der deutschen Vertreibungsschicksale, die dennoch untergründig das Leben zwischen Binnendeutschen und Vertriebenen bis heute geprägt haben, bliebe mit einer Auslagerung des Zentrums ins europäische Nachbarland innerdeutsch unaufgeklärt und der Verdrängung überlassen. Ein Zentrum in Berlin hingegen böte der deutschen Bevölkerung die Chance, sich mit den Tabus auseinanderzusetzen, die das Thema und die traumatischen Erfahrungen der Vertriebenen lange Zeit belegten, und ihr Schicksal im Kontext der

4 Julius H. Schoeps, »Angst vor dem Tabubruch«, in: *die tageszeitung*, 2.10.2003.

Vertreibungen anderer Völker und Minderheiten in der europäischen Geschichte zu reflektieren.

Die Erfahrungen und Erzählungen über die Diktaturen, den Krieg und die Vertreibungen in Europa sind zu unterschiedlich, um sie per Dekret einem abstrakten europäischen Gedächtnis unterzuordnen. Dies kann nur in lebendiger und staatsferner Auseinandersetzung entstehen, wie sie beispielsweise in der Debatte über Vertreibungen begonnen hat: zwischen Polen, Tschechen, Ungarn, Deutschen – und wer auch immer sich daran beteiligen möchte. Nur diese, wenn auch zuweilen schmerzliche Kollision differenter Erfahrungen und Erinnerungen kann Horizonte öffnen jenseits der eigenen alten und neuen Heimat. Für ein gemeinsames europäisches Zentrum gegen Vertreibungen ist die Zeit offensichtlich noch nicht reif – was spricht eigentlich gegen verschiedene Orte und Weisen des Gedenkens? Dennoch ist die zuweilen heftige Debatte um ein Zentrum gegen Vertreibungen möglicherweise ein Schritt auf dem Weg in eine europäische Öffentlichkeit. Ein europäisches Gedächtnis kann nur in der Vielzahl und Heterogenität der Erinnerungen und Lebensgeschichten entstehen – und nicht unter EU-Verwaltung.

Europa ist kein »melting pot«, wie es die Vision eines europäischen Bundesstaates favorisiert, kein zusammengeschütteter »Wein aus verschiedenen europäischen Anbaugebieten«, der billig auf den Markt geworfen wird und den Kopf benebelt, sondern eine – um im kulinarischen Bild zu bleiben – bunt gemischte Salatschüssel, in der alle Ingredienzen als verschiedene sichtbar sind. Die Identität seiner Bürger konstituiert sich in konzentrischen Kreisen, ausgehend von der Familie, der Nachbarschaft, der Stadt, der Region, dem Land und dann irgenwann Europa. Ein europäisches Bewußtsein und Gedächtnis, so es denn irgenwann entstehen sollte, ist demnach keine feste Größe und kein letztendliches Ziel, sondern ein lebendiger, nicht endender Prozeß. Ein derartiges Europa könnte sich – als ständiger Versuch und gleichzeitige Versuchung – mutig seiner Abgründe und seiner Freiheitsbewegungen erinnern.